

Innerpolitisches.

In parlamentarischen Kreisen wird der „Parl.“ zufolge als Termin für die Einberufung des Reichsrates der 8. Mai angegeben, vorausgesetzt, daß bis dahin die bekannten Vorbedingungen verwirklicht werden konnten und die Rücksichten auf die militärische Lage einer Tagung nicht entgegenstehen. — Im Prager Organ der tschechischen Sozialdemokraten wird eine Zusammenkunft der deutschen und tschechischen Abgeordneten befürwortet, um in einer gegenseitigen Aussprache die Hindernisse einer parlamentarischen Zusammenarbeit zu beseitigen. Die Mitglieder der drei Gruppen des Herrenhauses haben in der letzten Zeit Beratungen abgehalten. Gestern hielten die Mitglieder der Mittelpartei eine einstündige Konferenz im Parlamentsgebäude ab. Der gewesene Direktor der Kabinettskanzlei Freiherr von Schiefl, der vom Kaiser zum Mitglied des Herrenhauses ernannt worden ist, erschien gestern gleichfalls im Herrenhause.

In einem Artikel der liberalen Grazer „Tagespost“ (Nr. 54) über die von den Christlichsozialen und Nationalverbändlern vereinbarten „politischen Richtlinien“ wurde bedauert, daß die Gruppe der deutschösterreichischen Sozialdemokraten und eine Anzahl liberaler Abgeordneter zu den Vereinbarungen nicht beigezogen wurden, während im tschechischen und polnischen Lager alle Kräfte zusammengefaßt wurden. Darauf ist zu sagen, daß keine Gruppe von der Zustimmung zu den „Richtlinien“ ausgeschlossen ist, jede kann ihren Beitritt

erklären und sich darauf verpflichten. Vor allem galt es einmal, zwischen den zwei größten Parteigruppen der Deutschen Oesterreichs eine Vereinbarung zu finden, um so endlich einen festen Boden zu gewinnen. Erforderte es schon, weil ja z. B. der Nationalverband aus mehreren Parteien besteht und weil die Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Kronländern, zumal zwischen den Sudetendeutschen und den Alpendeutschen zu überbrücken waren, viel Mühe, Umsicht, Vorsicht, Geschick und Entgegenkommen im einzelnen, um eine gemeinsame Plattform der beiden Gruppen zu finden, um wie viel schwieriger, wenn nicht aussichtslos wäre es gewesen, gleich damit zu beginnen, was nun den Abschluß des Werkes bilden kann. Wer übrigens von der bisherigen grundsätzlichen Ablehnung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, wie sie durch die „A.-B.“ vertreten ist, gegenüber dem Gedanken eines Zusammengehens in irgendwelchen politischen oder nationalen Fragen mit den „klassengegnerischen“ bürgerlichen Parteien Notiz genommen hat — gelegentlich des Anschlusses der tschechischen und polnischen Sozialdemokraten an den tschechischen bzw. polnischen Parteienblock wurde von der „A.-B.“ dieser entgegengesetzte Standpunkt der deutschösterreichischen Sozialdemokratie nachdrücklich als Parteigrundsatz betont — wird es ohne weiters begreifen, daß die beiden deutschen bürgerlichen Parteien vor allem trachteten, miteinander ins Reine zu gelangen, statt Zeit und Mühe an sehr wenig aussichtsvolle Verhandlungen mit „klassengegnerischen“ Gruppen zu verschwenden. Lange wird hoffentlich auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie, zumindest ihr positiv gerichteter Teil die, völlige Vereinsamung nicht aushalten und nicht ewig sich weigern, dem Beispiel aller nichtdeutschen Sozialdemokratien Oesterreichs zu folgen. Dann wird sich ja ohne Schwierigkeit binnen einer halben Stunde feststellen lassen, was von den vereinbarten „Richtlinien“ der beiden bürgerlichen Gruppen auch von den Sozialdemokraten als bindend anerkannt wird, also allen gemeinsam ist, und was nicht. Das gleiche läßt sich bezüglich der wenigen abseitsstehenden liberalen Abgeordneten sagen.